

## Zur Verteuerung des Erdöls und ihren Konsequenzen

Die jüngste Verteuerung des Erdöls wirft nicht nur eine Reihe von energie- und strukturpolitischen Problemen auf, sondern bedeutet auch einen kräftigen inflationären Impuls und eine Gefahr für den Fortgang der österreichischen Konjunktur.

Obwohl das Preisniveau für Rohöl, das sich auf Grund der Beschlüsse der letzten OPEC-Konferenz von Ende Juni in Genf und auf Grund der Marktsituation in der zweiten Hälfte 1979 einspielen wird, nicht exakt vorhersehbar ist, können dennoch Größenordnungen der Verteuerung annähernd bestimmt werden. Solche Berechnungen stützen sich auf Annahmen über eine Vielzahl von Variablen, die schließlich die Verteuerung des Öleinkaufspreises und davon ausgehend auch die von Ölprodukten, anderen Energieträgern und besonders energieintensiven Vormaterialien bestimmen.

### Die Rohölverteuerung 1979

Die mittelfristig trotz relativ schwacher Konjunktur gewachsene Ölabhängigkeit der Industrieländer, das Ingangkommen eines Konjunkturaufschwungs in Westeuropa und Japan sowie die Drosselung der Produktion am Persischen Golf bilden die Basis für die erneute, sprunghafte Erhöhung der Rohölpreise durch die Ölexportierenden Länder. Nach einer fünfjährigen Periode zwischen 1974 und 1978, in der die Erträge der Ölexporture real schrumpften, weil die Rohölpreise auf Dollarbasis annähernd stabil blieben, für die Hartwährungsländer jedoch nicht unbeträchtlich abbröckelten — in Österreich lag der Ölimportpreis im Jahre 1978 um 13% niedriger als 1974 —, zogen die Ölpreise der OPEC-Länder etwa zu Jahresanfang 1979 kräftig an. Die tatsächliche Preisentwicklung übertraf die von der OPEC Ende 1978 vereinbarten Preisansätze schon nach kurzer Zeit

Angeheizt wurde der Preisanstieg durch die Ausfälle von Lieferungen aus dem Iran, die bis Frühjahr 1979 etwa 6% bis 7% der Jahresproduktion der OPEC ausmachten. Dazu kamen noch Produktionseinschränkungen in den USA. Ein großer Teil des Ausfalls wurde im Frühjahr durch die wieder vermehrte Produktion in Saudi-Arabien und anderen Ölländern ausgeglichen, doch kann die Produktionsverringerung per Saldo mit gut 2% der Jahresproduktion der OPEC angenommen werden, auch wenn sich die Lieferungen aus dem Iran nun normalisieren. Diese Angebotsdrosselung traf mit einem rasch wachsenden Verbrauch in den Industrieländern zusammen, der teilweise durch einen besonders strengen Winter zusätzlich gesteigert wurde.

Im Mai 1979 lag der durchschnittliche Abgabepreis für Rohöl (fob) bereits bei 17 \$ je barrel, während er Ende 1978 noch knapp 12 \$ betragen hatte. Im Juni stieg er weiter auf 18 \$. Ab Juli wird er auf Grund der Beschlüsse der OPEC zumindest 18 \$, höchstens 23,5 \$ je barrel betragen. Der Preis wird zunächst nicht nur nach der Qualität, sondern auch nach dem Lieferland differieren. Insbesondere Saudi-Arabien möchte sich mit relativ niedrigen Preisen begnügen und seine Produktion noch etwas steigern. Ob es damit verhindern kann, daß die Exportpreise der übrigen Länder zur Obergrenze des vereinbarten Preisbandes klettern, ist fraglich.

Österreich bezog seine Einfuhr an Rohöl in den ersten fünf Monaten (mengenmäßig) zu rund der Hälfte aus dem Irak, knapp einem Fünftel aus der Sowjetunion, je 12% aus Saudi-Arabien und Libyen und 8% aus Algerien. Über die Preispolitik des Irak, des österreichischen Hauptlieferanten, ist bekannt, daß er sich annähernd der des Iran angepaßt hat. Demnach wäre für irakisches Öl ab Mitte 1979 ein Preis von mindestens 20 \$ je barrel zu erwarten. Iranisches Öl soll nun rund 21,2 \$, libysches und algerisches über 23 \$ kosten. Die Sowjetunion folgt in ihrer Preisgestaltung eng der der OPEC-Länder und wird vermutlich gleichfalls über 20 \$ verrechnen. Daraus ergibt sich ein mit den österreichischen Einfuhranteilen der letzten 18 Monate gewogener Einkaufspreis von nahe zu 21 \$ je barrel ab Mitte 1979. Für den Durchschnitt des laufenden Jahres würden sich damit die österreichischen Einkäufe um rund 39% (auf Dollarbasis) verteuern. Die tatsächlichen Einfuhrpreise in Schilling würden im Jahre 1979 nur um rund 29% (3½ Mrd. S) teurer sein als im Vorjahr, weil der Dollar gegenüber dem Schilling in diesem Jahr einen Wertverlust von rund 7% erleiden dürfte und weil sich die österreichischen Ein-

### Übersicht 1

#### Entwicklung der Erdölpreise seit 1973

Jahresdurchschnitt	Rohöl Persischer Golf US-\$ je Barrel <sup>1)</sup>	Österreichischer Importpreis, cif S je t	Wechselkurs S je \$
1973	3,2	613	19,59
1974	11,4	1 708	18,69
1975	10,7	1 545	17,42
1976	11,5	1 680	17,94
1977	12,4	1 667	16,53
1978	12,7	1 482	14,52

<sup>1)</sup> 159 Liter oder rund 0 135 t Arabian light 34° State sales price

Übersicht 2

Voraussichtliche Entwicklung der Erdölpreise im Jahre 1979

	Produzentenpreis fob US-\$ je Barrel, gewogener Durchschnitt der österreichischen Lieferanten	Österreichischer Importpreis cif S je t	Wechselkurs S je \$
Jahr 1978 . . .	13 0	1 482	14 52
Dezember 1978	13,0	1 493	13 77
1. Halbjahr 1979	15,3	1 682	13 75
Mai 1978	16,9	1 962	14 04
Juni 1978 . .	18,0	2 000	13 86
Ab Juli 1978	20,8	2 150	13 35
Jahr 1979	18 1	1 915	13 50
Veränderung 1978/79 in %	+ 39,2	+ 29,2	-6,6

käufe mit einer Verzögerung von rund einem Monat in den Einfuhrpreisen spiegeln. Hat eine Tonne Rohöl im Jahre 1978 beim Grenzübertritt noch 1 480 S gekostet, so wird sie im Jahresdurchschnitt 1979 etwa 1 915 S und in der zweiten Jahreshälfte rund 2.150 S kosten. Sollten die Ölpreise im Jahre 1980 unverändert auf diesem Niveau verharren — eine rein rechnerische Annahme, die keineswegs als Prognose verstanden werden soll —, so ergäbe sich gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1979 bei unveränderten Wechselkursen eine weitere Verteuerung von etwa 12%.

Es muß an dieser Stelle betont werden, daß das Eintreffen dieser Prognosen für die zweite Jahreshälfte von einer Reihe von Annahmen abhängt. Je nach der Einschätzung der wichtigsten Variablen lassen sich pessimistischere oder optimistischere Prognosen stellen. Wir sind im wesentlichen davon ausgegangen, daß es den OPEC-Ländern gelingt, die geplanten Preiserhöhungen auf dem Markt auch tatsächlich durchzusetzen. Auf der anderen Seite rechnen wir jedoch nicht mit einem weiteren Preisanstieg in diesem Jahr. Dieser Annahme liegt ein Konjunkturbild zugrunde, das für Westeuropa und Japan in diesem Jahr noch keine wesentliche Beeinträchtigung des Aufschwunges erwartet, in den Vereinigten Staaten jedoch eine deutliche Abflachung der Konjunktur. In bezug auf den Wechselkurs des Schilling wird angenommen, daß er sich gegenüber dem Dollar im weiteren Jahresverlauf noch etwas festigen wird.

Verteuerung der übrigen Importe

Natürlich reagieren die Preise für die übrigen importierten Energieträger auf die Rohölverteuerung, allerdings unterschiedlich stark und schnell. Die Preise für importierte Ölderivate (Österreich führte 1978 730 000 t Benzin und Leichtöle und 1,4 Mill.t Heiz-, Gas- und Schmieröle ein) haben schon vor der Ver-

teuerung des Rohöls stark angezogen. Sie waren im Mai um 42% höher als im Durchschnitt des Vorjahrs. Für den besonders scharfen Preisanstieg war eine Reihe von Faktoren maßgeblich, unter anderem Lagerkäufe infolge der OPEC-Ankündigung Ende 1978, die Zunahme des Verbrauchs infolge der kalten Witterung, der Konjunkturbelebung in der Stahlindustrie sowie infolge des Preisgefälles gegenüber dem Ausland. Das gegenwärtige Importpreisniveau könnte einen vorläufigen Plafond darstellen, weil darin die gesamte vorhersehbare Preissteigerung von Rohöl unterzubringen ist. Im Jahresdurchschnitt 1979 könnte der Preis für importierte Produkte damit um rund 35% höher liegen als 1978.

Die Preise für importiertes Erdgas sowie für Kohle und Koks ziehen auf Grund der kurzfristig beschränkten Substitutionsmöglichkeiten und von vertraglichen Bindungen langsamer nach. Die sprunghafte Verteuerung von Rohöl wirkte sich nach 1973 zunächst in einem allmählichen Anstieg des Erdgaspreises und erst nach mehr als einem Jahr gleichfalls sprunghaft aus. Auch der Preis von importierter Kohle reagierte zunächst langsam und erreichte erst nach mehr als einem Jahr sein neues Gleichgewicht. Der Anstieg auf dieses Niveau betrug rund 60% der Ölpreissteigerung. Nimmt man diesmal ähnliche Reaktionen an, so könnten sich Erdgas und Kohle heuer um rund 5% bis 6% verteuern. 1980 wäre dann allerdings ein Preisschub von weiteren 15% bis 20% bei Kohle und von 25% bis 30% bei Erdgas zu erwarten.

Das Preisniveau aller Energieimporte Österreichs würde sich gemäß den oben erläuterten Annahmen im Jahre 1979 um fast ein Viertel erhöhen (23,5%). Die Verteuerung würde (unter der Annahme gleicher Importmengen wie 1978) eine Belastung der Handelsbilanz um rund 6 Mrd. S bewirken.

Die Preise der nicht energetischen Importgüter reagieren im Prinzip ähnlich. Einerseits gehen in sie in unterschiedlicher Weise die gestiegenen Energiekosten ein, bei besonders energieintensiven Produkten jedenfalls stärker. Andererseits reagieren die Märkte für diese Produkte mit Haussespekulation und Lager-

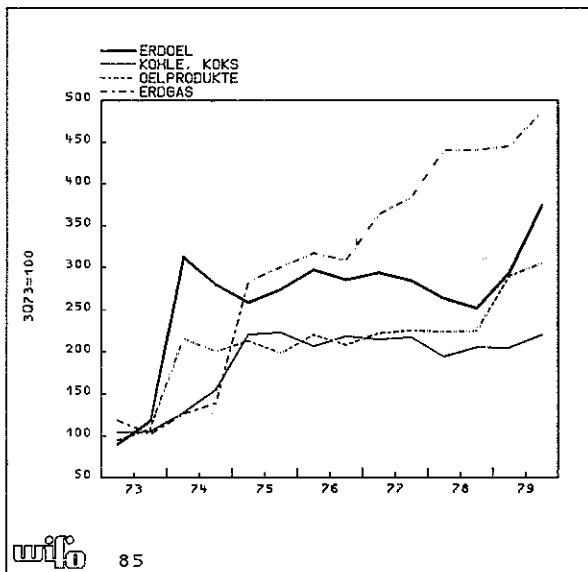
Übersicht 3

Erdölpreis und Preisentwicklung anderer Energieträger

	Österreichische Importpreise			
	Erdöl	Erdölprodukte	Erdgas	Kohle Koks
	III. Quartal 1973 = 100			
1973	104,8	101,5	110,6	105,0
1974	297,6	208,2	132,6	141,2
1975	267,4	205,7	292,2	222,2
1976	292,4	214,2	312,9	212,8
1977	290,0	223,9	373,6	215,9
1978	258,3	224,0	440,4	199,6
1979 1. Halbjahr <sup>1)</sup>	295	290	445	205
2. Halbjahr	375	305	485	220
1979	335	300	465	210

<sup>1)</sup> Ab Juni 1979 Schätzungen

Preisentwicklung für österreichische Energieimporte  
(1979 geschätzt)



aufbau; vorübergehend können in der Regel Preiswünsche durchgesetzt werden, die mehr als nur die Überwälzung der gestiegenen Energiekosten enthalten.

Tatsächlich schnellten heuer die Importpreise einer Reihe von Produkten innerhalb von wenigen Monaten hinauf. Rohstoffe wurden im Mai um 16% teurer eingeführt als Ende 1978, Chemikalien um 10%, Halbwaren um 9%. Das Preisniveau der Fertigwaren hat hingegen bisher kaum reagiert. Besonders kräftig gestiegen sind die Preise von importierten Erzen, anderen mineralischen Rohstoffen, organischen Grundchemikalien und Kunststoffen, Stahl, Metallen und Metallhalbfabrikaten. Die gegenwärtigen Preistendenzen lassen befürchten, daß sich das gesamte Importpreisniveau Österreichs wesentlich stärker erhöhen wird, als noch vor kurzem angenommen wurde<sup>1)</sup>. Unsere Berechnungen ergeben für 1979 eine Verteuerung der Wareneinfuhr von rund 6% unter der Annahme, daß die Preishausse bei Vorprodukten bereits nahezu vorbei ist und in den nächsten Monaten nur noch die Preise von Fertigwaren leicht steigen.

Im Jahre 1974 hat sich das Importpreisniveau um 19% erhöht, die Energiepreise im Durchschnitt um 103%. Auf die Verteuerung der Energie entfielen damals (ohne Berücksichtigung von indirekten Wirkungen) rund 40% des Preisanstiegs. Im Jahre 1979 wird sich das Importpreisniveau wahrscheinlich um 6% erhöhen. Auf die Energieverteuerung entfallen abermals nahezu 40% an direkten Effekten. Allein durch sie würde das Importpreisniveau heuer um 2½% steigen. Rechnet man die Überwälzung der teureren Energie in den Importpreisen von Vorprodukten hinzu, so sind

<sup>1)</sup> Siehe: Konjunkturaufschwung vor ungewisser Energiesituation Monatsberichte 6/1979 S

die indirekten Auswirkungen zusätzlich mit einem Prozent zu beziffern, auf Grund der Hausseerscheinungen auf den Grundstoffmärkten steigt das Importpreisniveau voraussichtlich um weitere 0,5%. Auf Grund der direkten und indirekten Effekte der Rohölverteuerung verteuert sich damit die österreichische Wareneinfuhr vermutlich um rund 4%.

### Verschlechterung der terms of trade

Österreich zählte 1974 zu jenen Ländern, denen es gelang, die durch den Ölpreis induzierte Importpreissteigerung relativ gut abzufangen. Dazu trugen die ausgeprägte Hartwährungspolitik und die in dieser Situation günstige Exportstruktur bei, in der einige von der internationalen Hausse erfaßte Güter wie Stahl, Papier, Metalle, Grundchemie eine relativ große Rolle spielen<sup>2)</sup>.

Auch heuer zeichnet sich ab, daß es gelingen könnte, einen Teil der durch die Energieverteuerung ausgelösten Kostenerhöhungen in den Exportpreisen weiterzuwälzen. Damit würde die Verschlechterung der österreichischen Austauschbedingungen (terms of trade) geringer ausfallen, als allein auf Grund der Erhöhung der Energiepreise zu erwarten wäre. Im Laufe des Frühjahrs hat sich das Exportpreisniveau bei österreichischen Halbfabrikat- und Chemieexporten deutlich gehoben. Dies betrifft Produkte wie Papier, Holzwaren, Metalle, Grundchemikalien, Kunststoffe, in geringerem Maß auch Holz. Das Exportpreisniveau bei Stahl hat sich schon im Herbst 1978 spürbar erhöht und ist seither nur mehr mäßig gestiegen. Auch eine Reihe von Konsumfertigwaren erzielt heuer nennenswert höhere Preise als im Vorjahr. Möglicherweise werden nun infolge der Belebung der Investitionsnachfrage in Deutschland auch die Preise für fertige Investitionsgüter steigen.

Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß auch das Exportpreisniveau heuer stärker angehoben wird, als man ursprünglich erwarten konnte. Wir nehmen auf Grund der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Daten an, daß die Warenexporte Österreichs heuer im Durchschnitt um 4% bis 4½% teurer verkauft werden können als 1978.

Zusammen mit der vermutlichen Preisentwicklung der Dienstleistungsex- und -importe ergibt sich, daß sich die österreichischen Exporte im weiteren Sinne im laufenden Jahr um 4% bis 4½%, die Importe (i.w.S.) jedoch um rund 6% verteuern dürften. Dies bedeutet eine Verschlechterung der Austauschbedingungen von 1½%. Der terms-of-trade-Verlust beläuft sich auf etwa 6 Mrd. S, bezogen auf das Brutto-Inlandsprodukt (1978) auf 0,7% oder auf den Wert des privaten Konsums auf 1,2%.

<sup>2)</sup> Siehe dazu H.Seidel: Zur Entwicklung der Außenhandelspreise Monatsberichte 10/1975 S.434

### Wirtschaftspolitische Problematik

Die Rohölverteuerung wird voraussichtlich nicht nur die Handelsbilanz tendenziell verschlechtern, sondern auch das inländische Preisniveau, die Konjunktur und, längerfristig, die Produktions- und Verbrauchsstruktur berühren

Die Verschlechterung der Austauschbedingungen 1973/74 erwies sich trotz der Dollarabwertung seither und trotz in der Folge stagnierenden oder rückläufigen Erdölpreisen als dauerhaft. Sie hat sich bis 1978 nicht nur nicht verringert, sondern noch etwas vergrößert. Das kurzfristig gestiegene Preisniveau einzelner österreichischer Exportgüter konnte in der folgenden Rezession nicht gehalten werden, während andererseits die Preise für die anderen Energieträger anzogen. Vor dem Hintergrund der mittelfristigen Energieversorgungssituation der Industrieländer ist auch diesmal nicht damit zu rechnen, daß die 1979 erlittene Einbuße an realer Kaufkraft der Industrieländer in absehbarer Zeit nennenswert wettgemacht wird. Auf der anderen Seite hatte die damalige Verteuerung in allen Industrieländern einen mehrjährigen inflationären Prozeß begünstigt, der auch in der Rezession nicht rasch zum Stillstand kam und der in manchen Ländern noch immer anhält. Die Gefahr ist nicht zu übersehen, daß auch diesmal die Inflation wieder Nahrung erhält und daß in weiterer Folge rezessive Prozesse ausgelöst werden.

Ein terms-of-trade-Verlust bedeutet für eine Volkswirtschaft die Einbuße an Realeinkommen. Ein Teil der Kaufkraft, die aus der Produktion im Inland erwirtschaftet worden wäre, muß dem Ausland überlassen werden. Sofern das Ausland diese Kaufkraft sofort für den Import verwendet, tritt zumindest keine Verringerung des Produktionsvolumens ein. Einzelne soziale Gruppen könnten nun versuchen, ihre Realeinkommen stärker zu steigern, als dem realen volkswirtschaftlichen Ertragszuwachs (Steigerung des realen Produktionsvolumens vermindert um die terms-of-trade-Verschlechterung) entspricht. Dadurch wird sich in der Regel zunächst die Einkommensverteilung verschieben. Je nach der konjunkturellen Situation werden die von der Verschiebung betroffenen Gruppen versuchen, die für sie eingetretene relative Verschlechterung in Form von Lohn- oder Preisforderungen zu korrigieren. Da aber real weniger zu verteilen ist, bewirkt dieser Prozeß Inflation.

Theoretisch lassen sich die geschilderten inflationären Konsequenzen vermeiden, wenn alle Gruppen ihre Einkommensansprüche entsprechend der relativen Verminderung des volkswirtschaftlichen Realertrags reduzieren. Dabei erhebt sich die Frage, ob

diese letztlich nur auf die Endverbraucher (private Konsumenten = Arbeitnehmer- und Selbständigenhaushalte) abzuwälzen ist, oder ob auch der Unternehmungssektor (und der Staat) eine Verminderung seiner Erträge akzeptieren sollte. Dies ist eine verteilungspolitische Frage, die nicht nur von ökonomischen Überlegungen abhängt. Sie ist zweifellos auch in einem längerfristigen Zusammenhang zu sehen. In einem System dezentraler Einkommensbildung und insbesondere in einem ohnehin schon inflationären Klima wird sich der Vorgang selten in der skizzierten "sauberen" Form abspielen. Vielmehr werden sowohl Arbeitnehmer wie auch einzelne Unternehmungen mit dem Argument gestiegener Verbraucherpreise oder Produktionskosten höhere Preis- und Lohnforderungen durchzusetzen versuchen. Ein Sonderfall ist hier insbesondere die Preisfestsetzung für im Inland gewonnenes Öl und andere Energieträger.

Die gesamte Importpreiserhöhung im Jahre 1979 wird das inländische Gesamtangebot (Inlandsproduktion plus Importe i.w.S.) direkt um rund 1½% verteuern, selbst wenn der Überwälzungsprozeß im Inland in "sauberer" Form abläuft. Der Beitrag der Importpreiserhöhung zur Verteuerung des inländischen Gesamtangebots belief sich im Vergleich dazu im Jahre 1978 nur auf 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte. Da auch im Ausland die Überwälzung der Ölpreissteigerung inflationäre Prozesse auslösen wird, ist in den kommenden Monaten mit einem relativ starken Preisschub zu rechnen. Er wird sich zunächst und stärker im Großhandelspreisniveau und langsamer sowie wahrscheinlich abgeschwächt auch im Verbraucherpreisniveau niederschlagen.

Es besteht kein Zweifel, daß die Ölpreissteigerung ähnlich wie 1974 früher oder später auch konjunkturelle Konsequenzen haben wird. Sie bestanden damals darin, daß durch den Kaufkrafttransfer in die OPEC-Länder Kaufkraft in den Industrieländern ausfiel, daß ein kurzfristiger spekulativer Lageraufbau erfolgte, der Mitte 1974 rasch zusammenbrach, und daß die Wirtschaftspolitik auf die inflationären Tendenzen mit restriktiver Geld- und Finanzpolitik reagierte. Etwa ein halbes Jahr nach dem Ölpreisanstieg gerieten die Industrieländer damals in eine scharfe Rezession. Die Konsequenzen könnten diesmal nicht nur wegen des relativ geringeren Preissprungs milder sein. Ein Teil der Gefahren, die eine solche Entwicklung mit sich bringt, könnte auch vermieden werden, wenn die Einkommenspolitik die damaligen Erfahrungen berücksichtigt, und wenn Nachfrageverluste durch energie- und strukturpolitisch gezielte Investitionen ersetzt werden.

*Helmut Kramer*